

**Haushaltsrede
des Vorsitzenden der
Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat
Dr. Bernhard Braun**

am 09.02.2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Stadtvorstand,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben heute - und da hat die Opposition eine andere Aufgabe als die den Stadtvorstand tragenden Parteien - wir haben heute über die letzten fünf Jahre dieser Stadtratsperiode Bilanz zu ziehen. Es ist nun der letzte Haushalt, der in dieser Ratsperiode verabschiedet wird.

Wir haben auch über die 1. Wahlperiode der Oberbürgermeisterin Bilanz zu ziehen; auch sie stellt sich zum 07. Juni wieder zur Wahl.

Wir haben hier eine Bilanz zu ziehen, was Ludwigshafen denn in den letzten sieben Jahren der großen Koalition erreicht hat. In den letzten sieben Jahren unter einer direkt gewählten CDU-Oberbürgermeisterin.

Leider müssen wir - wie auch von ihnen festgestellt, sehr geehrte Frau Kollegin und sehr geehrter Herr Kollege - die Verschuldung dieser Stadt feststellen; natürlich drückt uns alle am allermeisten, dass diese Stadt nicht mehr handlungsfähig ist.

Vor sieben Jahren - damit sage ich nicht, dass es alleine Ihre Schuld ist - war diese Stadt noch handlungsfähig; da hätten wir Entscheidungen für die Zukunft dieser Stadt treffen können, die uns heute aus der Hand genommen sind. Die wir nicht mehr treffen können, weil wir einfach politisch und finanziell nicht mehr handlungsfähig sind. Das liegt natürlich auch an der Politik in den letzten sieben Jahren, die hier von der großen Koalition durchgeführt wurde.

Ich möchte jetzt noch einmal eingehen auf die Gewerbesteuerdiskussion. Natürlich haben wir diese Diskussion in Ludwigshafen seit vielen Jahren geführt. Wir wissen, wie Sie argumentieren und Sie kennen unsere Argumentation. Aber was Sie hier gesagt haben, Herr Jöckel, dass es unverantwortlich sei, 390 Punkte Gewerbesteuer zu fordern, das kann man nicht allgemein stehen lassen. Sie können doch nicht sagen, dass Herr Schineller, der Kollege von Frau Dr. Lohse in Speyer, unverantwortlich ist, weil er 405 Punkte fordert. Sie können doch nicht sagen, dass ihr Kollege in Mainz, Herr Beutel, unverantwortlich ist, weil er 440 Punkte fordert oder Herr Wieder, der im letzten Jahr die Gewerbesteuer von 385 auf 395 Punkte gehoben hat. Deswegen ist diese Diskussion um die Gewerbesteuer eine wichtige Diskussion und sie reduziert sich in Ludwigshafen auf den einen Teil: Ist es denn so, dass die BASF woanders versteuern würde und nicht in Ludwigshafen, wenn wir die Steuer anheben würden?

Jetzt können wir das eine behaupten und Sie das andere. Wir wissen, dass in Kassel - dies war ihr Beispiel Herr Zeiser - dass in Kassel 440 Punkte Gewerbesteuer verlangt werden. Der Kasseler Bürgermeister hat in seiner diesjährigen Neujahrsansprache zum ersten Mal eine neue Rekordrückführung von Schulden verkünden können. Er hat einen neuen Rekord an Gewerbesteuer und er hat auch verkündet, wenn es ihm gelingen würde und das ist sein

Ziel, für die erneuerbaren Energien neue Arbeitsplätze zu schaffen und dort auch in Arbeitsplätzen zu investieren, dass in Kassel zwanzigtausend Arbeitsplätze entstehen könnten. Kassel ist von der Größe her eine ähnliche Stadt wie Ludwigshafen, bisher beschränkt auf den Fahrzeugbau, Ludwigshafen auf Chemieindustrie. Warum haben wir nicht den Mut auch mal größere Brötchen zu backen und zu sagen, wir wollen in der Wirtschaftspolitik was erreichen? Wir wollen in eine bestimmte Richtung voran gehen.

Ihre Argumentation ist die, dass 390 Punkte abschrecken würden. Schwarzheide hat nur 300 Punkte und das wissen wir auch. Aber können wir denn auf Dauer, kann eine Stadt die eine solche Verschuldung hat wie Ludwigshafen, kann die auf Dauer darauf verzichten, nicht nur bei den Ausgaben, sondern auch bei den Einnahmen zu diskutieren, wie wir denn die Einnahmen erhöhen können? Auf dieser Seite können wir und dürfen wir - wenn wir verantwortlich handeln wollen und wenn wir handlungsfähig bleiben wollen - nicht ruhig sein und deswegen sagen wir auch jedes Mal wieder: nicht eine Gewerbesteueranhebung ins exorbitante, sondern eine Gewerbesteueranhebung unter allen anderen Gewerbesteuersätzen der Städte in Rheinland-Pfalz, nämlich auf 390 Punkte, ist durchaus verantwortbar sind und wir halten das nach wie vor für verantwortbar.

Es ist ja nicht so, dass wir hier abschreckende Politik betreiben wollen und wir werden dies mit 390 Punkten auch nicht tun. Erinnern möchte ich noch die SPD, dass Sie selbst einmal den Entschluss gefasst hat, nur vorübergehend auf 360 Punkte zu gehen, solange die Stadt nicht andere Einnahmen braucht. Vielleicht sollten Sie auch bei der SPD noch einmal darüber nachdenken, ob Sie die 360 Punkte auf die Dauer halten können.

Wir sind bei einer Milliarde Verschuldung im Moment; wir haben uns im Haushaltsausschuss gestritten, ob es nicht 990 Millionen oder eine Milliarde sind. Aber wir können sagen, wir sind bei einer Milliarde, weil wir, wenn wir die Töchter dazurechnen, schon bei viel mehr sind, bei 1,3 oder 1,4 Milliarden, da die Töchter, die bei Ausbildungsplätzen und anderem ja immer zu dem Konzern Stadt gerechnet werden. Wenn man die Schulden dazu rechnet sind wir natürlich noch viel höher verschuldet. Natürlich bringen die Töchter auch Besitz ein, aber auch bei den Töchtern sind wir bis zur Halskrause verschuldet, das weiß jeder.

Wir haben im Moment aber nicht nur die eine Milliarde Verschuldung, sondern wir haben die Perspektive - und das ist besonders bitter - wir haben die Perspektive für die Zukunft, dass wir weitere Verschuldung auch für die nächsten Jahre planen, dass wir jedes Jahr wieder neue hundert Millionen - auch das ist nur grob geschätzt - Verschuldung haben werden, dass wir keine Perspektive, kein Licht am Ende des Tunnels haben, Frau Scharfenberger, das ist doch unser Problem. Wenn wir da irgendwo Licht sehen würden, würden wir sagen, das können wir mittragen. Aber wir gehen ja immer weiter in die Krise, gehen immer tiefer in die Verschuldung. Wir steigern dadurch die Zinslast und die Zinslast erdrückt uns. Und wenn der Kämmerer selbst sagt, ein Unternehmen wäre pleite - und das wurde öfter betont hier - ein Unternehmen wäre pleite, dann muss man sich doch Gedanken machen, wie man aus dieser Pleite wieder herauskommt und dazu ist es bestimmt auch erlaubt, die Einnahmesituation in dieser Stadt zu diskutieren.

Dazu möchte ich allerdings auch noch was anderes anmerken. Eine stabile Einnahmesituation ist - besser garantiert als durch die Gewerbesteuer - garantiert durch eine gute Ansiedlungspolitik bei den Einwohnerinnen und Einwohnern. Natürlich müssen wir die Einkommenssteuer stabilisieren und müssen die Einkommenssteuer stärken. D. h. wir brauchen auch einkommenssteuerstarke Schichten in Ludwigshafen und zum Lebensumfeld gehört eben nicht nur die Kultur - das ist ein Teil, den wir sehr stark unterstützen - es gehört dazu auch die Bildung.

Es gehört dazu auch - und das ist für uns Grüne ganz wichtig - ökologische Politik. Auch das Grün in dieser Stadt, nicht nur das politische, sondern das tatsächlich angepflanzte Grün in unserer Stadt. Eine gute Luft z. B., das gehört zu den Standorten und Frau Scharfenberger,

Sie haben zweimal „ökologisch“ erwähnt und da habe ich gedacht, jetzt kommt irgendetwas Ökologisches. Dann kam aber: „Wir weisen Gewerbegebiete aus.“ Das ist jetzt nicht die ökologische Politik, die allein zählt bei der Lebensqualität in der Stadt. Aber die ökologische Seite ist weder von Herrn Jöckel noch von Ihnen angesprochen worden und ich kenne keine Stadt, wo SPD und CDU so wenig auf Umweltpolitik geben, wie in Ludwigshafen. Das ist in keiner anderen Stadt so; das kann nur in Ludwigshafen so durchgehen. Wenn Sie beispielsweise die Luftbelastung in Ludwigshafen sehen – jetzt wieder die Feinstaubbelastung und natürlich ist das Wetter mit Schuld. Aber natürlich müssen wir auch diese Feinstaubbelastung bekämpfen. Wir haben gerade in den letzten Tagen über hundert Mikrogramm PM₁₀-Werte gehabt. Das ist für die Menschen in Ludwigshafen, für die Lebensqualität wichtig, wie sieht die Umwelt in Ludwigshafen aus. Es ist die Diskussion, die wir für eine Lebensqualität in der Stadt Ludwigshafen führen müssen und die führen wir und die können wir und die müssen wir offensiv führen, weil Sie sie nicht führen und die CDU führt sie eben auch nicht.

Die Ausgabenpolitik in Ludwigshafen hat natürlich durch die Sparrunden schon eine Richtung bekommen. Aber wir sind noch nicht soweit, dass wir alle Hebel in Bewegung gesetzt haben. Wir sind noch nicht bereit, dass wir auf teure Straßensanierungen verzichten.

Da möchte ich den Kaiserwörthdamm erwähnen. Es ist nun mal so, dass die 2,6 Millionen, die dort in den Asphalt gesetzt wurden, die hätte man so nicht in den Asphalt setzen müssen; da hätte man andere Maßnahmen ergreifen können.

Auch bei den Schulsanierungen sollten wir uns noch einmal überlegen, über wen wir sanieren lassen und wie wir sanieren lassen. Vier Millionen für eine Schulsanierung. Das muss doch auch anders gehen, dass wir energetische Sanierungen kostengünstiger anpacken.

Aber auch Kleinigkeiten sind zu erwähnen: beispielsweise wenn ich sehe - das sage ich als Rheingönheimer - dass in Rheingönheim sowohl die CDU als auch die SPD eine unsägliche Diskussion über eine Rechtsabbiegespur Iostritt, eine Rechtsabbiegespur von der Hauptstraße auf die K 7 in Richtung Deponie. Die soll 600 000 Euro kosten. Da frage ich mich, ob es in Ihren Fraktionen denn angekommen ist über was wir hier sprechen. Ist es denn angekommen, dass wir eine Milliarde Schulden haben? Ist es denn angekommen, dass wir keinen Rechtsabbieger brauchen? Dass wir eben zweimal links abbiegen und dann genau die gleiche Straße fahren können? Ist das angekommen? Oder wollen Sie das weiter auf Seite 1 der Zeitungen propagieren, dass hier Geld mit vollen Händen ausgegeben wird, vor allem weil wir keines haben?

Auch der Flugplatz Speyer - strategisch wichtig wegen der BASF - und es ist nur eine kleine Summe, es sind nur immer 20 000 Euro. Aber wenn ich sehe, dass manchmal ein Integrationsprojekt in dieser Stadt eingestellt werden muss, weil keine 3 000 Euro vorhanden sind, dann regt mich das, im wahrsten Sinne des Wortes immer wieder auf. Da kann ich sagen, eine solche Beteiligung würde den Wert von fünf anderen Projekten haben und dann kann ich mich entscheiden, Beteiligungen, die nichts bringen, abzustoßen - vor allem, wenn wir da keine Karten drin haben - oder andere Projekte voranzuführen.

Vor sieben Jahren hatten wir in Ludwigshafen durchaus noch viele Chancen gehabt. Vielleicht sagen Sie jetzt wieder typisch Grün, aber wir haben vor zehn, zwölf Jahren in Ludwigshafen ein Programm aufgelegt, das in Deutschland für die energetische Sanierung beispielhaft war. Das war beispielhaft, was hier an Solarenergieförderung vorhanden war. Wir konnten uns das damals auch noch leisten - es gab sogar Zuschüsse.

Man hätte das aber auch anders machen können. Man hätte das, als das neue Einspeisegesetz da war, bei der TWL umsetzen können. Wie oft habe ich im Aufsichtsrat gesagt: „Wir müssen jetzt umsteuern“. Und wie oft wurde da gesagt: „Ja, Herr Braun, Sie mit Ihrer grünen Ideologie. Warum sind Sie nicht für Atomkraftwerke? Wir verkaufen lieber Atomstrom“. Das kann es nicht sein. Gerade als der Ökostrom erfolgreich war, kam von der CDU-Seite: „Wir

haben gehört, unsere Freunde hätten lieber Atomstrom pur. Warum legen wir denn so ein Programm nicht auf?“ Natürlich ist das gesagt worden. Von daher ist es doch so, dass wir Chancen verpasst haben, Chancen die in Ludwigshafen vorhanden waren.

Wir hätten in Ludwigshafen die Energieeffizienzhauptstadt - die wir ja hoffen, zu sein - auch tatsächlich werden und bleiben können. Deswegen fordern die Grünen auch im Haushalt eine gezielte Offensive im Bereich Energieeffizienz. Wir wollen, dass in Ludwigshafen ein Institut errichtet wird, dass die WEG sich dafür einsetzt, dass ein Institut für Energieeffizienz in Ludwigshafen errichtet wird. Das kann in der LUTECO sein beispielsweise, da haben wir ja energieeffiziente Gebäude. Da haben wir hier in Ludwigshafen das Knowhow, natürlich von Seiten der BASF, natürlich von Seiten anderer Dämmstoffhersteller und natürlich auch von Seiten der GAG und LUWOG. Wir in Ludwigshafen sollten uns auch auf diesen Punkt setzen und sollten da auch investieren und sollten Leute von anderswo zu uns holen; die Metropolregion bietet uns hier vielleicht Chancen.

Wir müssen aufpassen, dass nicht in zwei Jahren in Heidelberg, in Mannheim oder sonst irgendwo in der Metropolregion, in Landau - die jetzt den Wettbewerb gewonnen haben für die Energieeffizienz -, dass nicht da plötzlich dieses Institut sitzt und wir schauen in die Röhre. Wir schauen unseren verpassten Chancen hinterher und die Felle sind davon geschwommen und wir können uns wieder hier hinsetzen und sagen, wir sind eben Chemiestadt und können nichts anderes machen und die Steuern brechen uns weg.

Wir müssen handeln, der Stadtvorstand, der Stadtrat muss handeln und das können wir nur, wenn wir gezielt auch Geld einsetzen, dafür dass wir Arbeitsplätze in bestimmten Bereichen, nämlich in zukunftsfähigen Bereichen hier ansiedeln und ich glaube diese Chance haben wir.

Wir haben aber nicht nur die Chance bei den erneuerbaren Energien verpasst, sondern wir haben auch den Wandel bei den TWL verpasst. Da fürchte ich, dass bei den TWL die Zahl der Beschäftigten nicht gehalten werden kann. Ich sage nicht, dass wir Leute entlassen müssen, aber in Zukunft können wir die Zahl der Arbeitsplätze dort nicht halten. Natürlich habe ich eine Presseerklärung dazu abgegeben, aber die Fraktionen haben doch nichts Besseres zu tun gehabt, als erstes darauf zu reagieren: „Wir behalten alle Arbeitsplätze bei den TWL bei, wir bauen keine Arbeitsplätze ab“. Die Resolution liegt mir doch vor; jetzt tun Sie doch nicht so, Frau Oberbürgermeisterin, dass Sie als Aufsichtsratsvorsitzende nicht auch für diese Resolution gestimmt hätten, in der genau das gefordert wird. Von daher muss genau diese Forderung, dass wir verantwortlich, finanziell verantwortlich für die zukünftigen Generationen handeln, muss in den Fraktionen der SPD und der CDU erst noch ankommen.

Der Ausbau des ÖPNV - da kann man nun darüber streiten, ob das, was im Moment stattfindet, ein Ausbau oder eher eine Streichung ist. Wir halten dies für eine Streichung und viele Fahrgäste, die ich gesprochen habe, halten das auch nicht für glücklich, was in letzter Zeit gelaufen ist; es ist zumindest in den meisten Teilen keine Verbesserung. Wir wissen natürlich, dass es eine neue Linie gibt, aber auch da hätten wir früher gegensteuern können, indem man den ÖPNV einfach attraktiver macht. Es nützt nichts, immer wieder zu sagen, der ÖPNV ist ein Zuschussgeschäft. Das ist er in jeder Stadt; in manchen Städten mehr, in anderen weniger. Wenn sich Herr Zeiser, als Kämmerer, in seiner Rede darauf bezieht, dass von der Stadt Ludwigshafen pro Fahrkarte der bezahlte Preis noch einmal drauf gelegt wird, dann stimmt das natürlich in etwa. Aber was ist denn mit dem Theater und was ist mit Schwimmbädern, wo das 10-fache oder das 5-fache des bezahlten Preises draufgelegt wird? Sagen wir, deswegen müssen wir die Schwimmbäder schließen? Nein, wir brauchen eine Infrastruktur, auch eine ökologische Infrastruktur, gerade im Nahverkehr, die den Feinstaub eben senkt und die Ludwigshafen lebenswert macht und attraktiv macht. Da kann man nicht einfach so argumentieren, Herr Zeiser, wie Sie das tun.

Die Projekte - das hat der Integrationsgipfel ja gezeigt - die Projekte zur Integration und Migration, von Migranten der zweiten und dritten Generationen, sind in Ludwigshafen wichtiger,

als in jeder anderen Stadt in Rheinland-Pfalz. Wir haben den höchsten Ausländeranteil, aber auch den höchsten Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in Ludwigshafen. Aber Projekte zur Ausbildung und zur Integration können natürlich nur mit Geld laufen. Das ist so, dann muss das ehrenamtliche Engagement mit drauf kommen; das ist vollkommen richtig. Aber wenn wir jetzt gerade in die Projekte der Ausbildungen und der Integration nicht neue Mittel stecken, sondern weiter so machen, wie die beiden großen Fraktionen vorschlagen, dann können wir nicht erfolgreich sein. Die Probleme steigen an, also müssen natürlich auch die Mittel dafür ansteigen, dass wir diese Probleme lösen können. Nur - die Mittel steigen im Moment nicht an. Auch da sind manchmal 50 000 oder 100 000 Euro ein wahrer Segen für viele Projekte, die an Schulen stattfinden. Diese 50 000 oder 100 000 Euro, meine Damen und Herren - auch vom Stadtvorstand, die müssen wir doch aufbringen können, die müssten wir haben und die können wir an anderer Stelle sparen.

Und wenn wir es so nicht schaffen, dann müssen wir tatsächlich die 100 000 an Verschuldung aufbringen, weil das eine Investition in die Zukunft ist. Eine der wichtigsten Investitionen, die wir in Ludwigshafen haben und ich sage noch mal: es kann nicht sein, dass wegen 3 000, wegen 5 000 Euro Projekte der Integration eingestellt werden.

Deswegen sagen die Grünen auch, dass die Bildung der wichtigste Teil unseres Haushalts ist. Natürlich ist es nicht der größte Teil unseres Haushalts, aber der wichtigste Teil und in die Bildung wollen wir verstärkt - gerade in die individuelle Förderung von Kindern - auch Mittel fließen lassen. Unsere Nachbarstadt über dem Rhein, Mannheim, hat ein Projekt, das dort durchaus segensreich wirken kann. 10 000 Schulstunden für die Integration, aber eben auch für die individuelle Betreuung an den Schulen. Das kann mit Sozialarbeitern geschehen, aber es kann auch im Unterricht geschehen und da ist es noch viel wichtiger. Deswegen sagen wir, dass auch wir in Ludwigshafen eine solche Anstrengung machen müssen. Es sind ja keine Millionenausgaben wie in anderen Bereichen, die Sie hier mal schnell von einem Tag auf den anderen entscheiden, sondern es sind Ausgaben, die dauerhaft Wirkung zeigen und die im Bereich von 100 000, 200 000, 300 000 Euro liegen und deswegen sind sie auch verantwortbar.

Diese Projekte in Schulen werden uns später einmal zu Gute kommen. Ludwigshafen braucht gut ausgebildete Kinder und Ludwigshafen braucht vor allem eine niedrigere Quote bei den Schulabbrechern. Immer noch sind 15 % der Ludwigshafener Jugendlichen ohne Schulabschluss. Nicht nur das menschliche Elend, das dahinter steckt, wenn man hinterher keinen Arbeitsplatz bekommt, sondern auch das finanzielle Elend für die Stadt ist größer, wie wenn wir vorher investieren würden. Da frage ich mich, warum wir es nicht schaffen, da auch tatsächlich vorher zu investieren und das was erforderlich ist, wenigstens auf den Weg zu bringen. Andere Städte, die verschuldet sind, können das auch.

Wir brauchen in Ludwigshafen natürlich auch attraktive Wohngebiete. Es gab einen schönen Artikel in einer Ludwigshafener Zeitung, in dem stand: es wäre besser, man hätte Architektur in Ludwigshafen als Bebauung. Wir haben uns meistens für die Bebauung entschieden und es wäre schön, wenn wir es irgendwann schaffen würden, wenn wir tatsächlich eine attraktive Architektur hätten. Wir haben ein, zwei Gebiete, die wir jetzt - nach 10 Jahren Diskussion durch die Grünen -, entwickeln könnten, die ökologisch vorteilhaft sind und die ökologisch vorbildlich sind. Das ist ein Mittel, um Menschen aus anderen Städten durchaus nach Ludwigshafen holen zu können. Sie wissen, dass die Mannheimer durch Ludwigshafen durchfahren und sich dann im Landkreis niederlassen. Das müssen wir verhindern, einerseits beim Einkaufen vom Landkreis, wenn sie nach Mannheim fahren, aber auch beim Wohnen, wenn sie von Mannheim kommen. Es ist wichtig, dass die Leute sagen, dass man in Ludwigshafen kann wohnen und da muss man eben das Umfeld entsprechend verbessern. Da muss man die Architektur bieten und muss natürlich auch - das sage ich ganz deutlich - die ökologischen Kriterien haben und die ökologischen Qualitäten bieten.

Der Ausbau der Kindertagesstätten ist auch ein solcher Punkt, bei dem wir durchaus mit Ihnen überein sind, dass wir das zügig machen sollten und machen müssen. Die Frage ist natürlich, wie ortsnah das geschehen kann und wie flexibel das geschehen kann. Wir müssen daran arbeiten, dass das Angebot bei den Kindertagesstätten und natürlich auch für die 2-jährigen und noch jüngeren möglichst bald ausgebaut ist. Dazu gibt es ja Planungen, dazu gibt es Investitionen; das unterstützen wir. Wir müssen allerdings darauf achten, dass es ortsnah geschieht.

Auch das ist ein Grund in Ludwigshafen zu wohnen oder eben nicht zu wohnen und deswegen muss das Angebot da sein.

Wir freuen uns, dass es eine dritte integrierte Gesamtschule in Ludwigshafen geben soll. Wir haben das seit langem auch gefordert. Wir hätten uns gefreut, wenn auch das Gymnasium integriert worden wäre, nur das garantiert natürlich dann die entsprechende Durchmischung. Aber ich glaube es ist zumindest der richtige Weg, dass wir eine dritte Gesamtschule haben. Im letzten Jahr haben wir hier entsprechende Anträge gestellt. Mich freut, dass das mit der CDU inzwischen auch geht. Früher hieß es ja die CDU macht da nicht mit bei den integrierten Gesamtschulen. Die zweite haben wir mit der CDU durchgesetzt. Die dritte setzt jetzt die CDU mit der SPD durch. Mir soll es recht sein. Hauptsache die integrierten Gesamtschulen kommen und tun den Schülerinnen und Schülern in Rheinland-Pfalz und vor allen Dingen in Ludwigshafen dann eben gut. Rheinland-Pfalz unterstützt dieses System der integrierten Gesamtschulen; deswegen sollten wir das auch in Ludwigshafen nutzen.

Unser Vorschlag war, ein Kulturticket einzuführen - wir haben es heute noch mal auf der Tagesordnung - und ich möchte Sie bitten, jenseits des Streites zwischen Opposition und den Stadtvorstand tragenden Fraktionen, noch einmal genauer auf dieses Kulturticket zu schauen. Es ist doch ein Kulturticket das allen nützen kann, das den Institutionen nützen kann, das den Schulen nützen kann, das den Schülerinnen und Schülern nützen kann und das am Schluss sogar mehr Leute in unsere Museen, Theater und sonstigen kulturellen Veranstaltungen lockt, als bisher vorhanden sind. Es ist quasi ein fast Nullsummenspiel; es ist mit geringem finanziellem Aufwand in dieser Stadt umsetzbar. Es würde mich freuen, wenn wir jenseits des politischen Streites zwischen Opposition und den großen Fraktionen hier endlich mal was auf den Weg bringen könnten, was die Kleinen vorschlagen. Das muss ja nicht immer schlecht sein, was von den Kleinen kommt; es kann ja auch mal was gutes sein. Den Großen bricht auch kein Zacken aus der Krone, wenn sie das mal zugeben und übernehmen werden.

Wir glauben, dass wir mit den Vorschlägen, die die Grünen hier aus der Opposition heraus gemacht haben und machen, in Ludwigshafen durchaus Verbesserungen erreichen können. Wir glauben deswegen - auch nach den fünf Jahren Stadtratsperiode und nach den sieben Jahren große Koalition - an eine Diskussionskultur in diesem Stadtrat, die nicht die Kleinen sofort abbügelt, wenn sie mal eine Meinung haben. Das geht nicht nur uns so, das geht auch der FDP genauso. Ich frage mich, wie Sie das begründen, dass Sie die Vorschläge von FDP, FWG und Grüne erst gar nicht anhören, sondern immer gleich abbügeln. Da ist doch für die Diskussionskultur in dieser Stadt absolut schädlich und das wird auch so kommen. Vielleicht nicht im nächsten Stadtrat, aber demnächst kann es passieren, dass die zwei Großen irgendwann nicht mehr die 50 % haben und was dann? Dann haben wir eine Zersplitterung, die viel, viel größer wird. Es tut einer politischen Kultur gut, wenn man offen diskutiert und wenn man in einem gewählten Gremium, wie dem Stadtrat in Ludwigshafen, dann auch offen ist. Es täte natürlich auch den großen Parteien gut, wenn ihre Vorsitzenden nicht in den Stadtvorstand eingebunden wären. Dann hätten wir vielleicht auch eine lebendigere Diskussion. Aber, dass die Vorsitzenden der Parteien auch gleich im Stadtrat mit dabei sitzen, ist natürlich für den Stadtrat eine Sache, die die Diskussion in Endeffekt lähmt; das wissen wir doch alle.

Wenn wir nun solche Dinge, die wir vorgeschlagen haben, umsetzen würden, hätten wir in Ludwigshafen Vorteile im kulturellen Bereich. Wir hätten - und das ist auch unser Vorschlag -

gerade bei der Kultur eine größere Vielfalt. Das Corso, das wir hier immer wieder als Veranstaltungsort vorgeschlagen haben, soll ja bei der Stadt in Miete bleiben. Das Corso soll dann unserer Meinung nach auch ein Ort sein, der allgemein zugänglich wird, der eben nicht nur dem Theater der Stadt Ludwigshafen, sondern auch anderen Veranstaltern zugänglich wird und das wäre eine Möglichkeit die Vielfalt in Ludwigshafen zu erhöhen. Wie beispielsweise - was wir auch unterstützen - auch das Filmfestival und die vielen, guten Ansätze, die es durchaus gibt. Aber wir müssen die Vielfalt größer machen und wir dürfen nicht alles in einen Topf geben, sondern wir müssen die Töpfe schon so einrichten, dass jeder leben kann und nicht, dass einer alles auf sich zieht, auch wenn er es verdient hat. Natürlich hat er es auch verdient, der Herr Heyme, der im Theater durchaus eine bessere Ausstattung hat, aber die anderen haben auch etwas davon verdient und sind auch engagiert und deswegen muss hier eine bessere Verteilung von statten gehen.

Wir fürchten, dass in der nächsten Legislaturperiode andere Parteien zusätzlich hier im Stadtrat sitzen können, nämlich beispielsweise die NPD. Da müssen wir alle gemeinsam dafür kämpfen, dass Rechtsradikale, Rechtsextremisten nicht in den Stadtrat kommen. Da nützt es nichts, wenn jeder für sich kämpft. Da müssen wir alle gemeinsam kämpfen und müssen gemeinsam auch klar machen, dass dieser Stadtrat gegen Rechtsextremisten gut aufgestellt ist. Dass dieser Stadtrat insgesamt aufgestellt und gemeinsam aufgestellt ist, denn das ist die Stärke von Demokraten, dass sie gemeinsam gegen Nichtdemokraten zusammenhalten können. Wenn wir uns da differenzieren und dividieren lassen, dann haben wir verloren.

Wir hoffen also alles in allem auf eine bessere Zusammenarbeit im Stadtrat - auch in der nächsten Legislaturperiode. Vielleicht gibt es auch andere Möglichkeiten der Mehrheit. Da würden wir uns auch freuen, dass wir etwas aufmischen können, was schon die ganze Zeit in Ludwigshafen so verknöchert, etwas totenstill vor sich hin steht, liegt, nicht voran kommt, nicht vom Fleck kommt.

Unsere Auffassung ist, dass die große Koalition in Ludwigshafen keinen Fortschritt gebracht hat. Die große Koalition hat in Ludwigshafen einen großen Stillstand gebracht. Am Anfang gab es ein wenig Bewegung, aber die letzten Jahre ist der Stillstand vorrangig und wir hätten gern mehr Leben in dieser Stadt, ein bisschen Aufbruchstimmung gehabt. Und nicht nur so wie sie die Oberbürgermeisterin immer wieder in ihrer optimistischen Ausstrahlung von sich gibt, sondern auch eine Aufbruchstimmung unter den Bürgerinnen und Bürgern, die an der städtischen Politik beteiligt werden wollen und beteiligt werden können und darauf hoffen wir.

Vielen Dank!